

# Universitätsklinikum Halle (Saale)

## Corporate Governance Bericht

für das Jahr

2016

- gemäß dem Public Corporate Governance Kodex des Landes Sachsen-Anhalt -

### I. Corporate Governance Erklärung

Der Klinikumsvorstand (die Geschäftsführung) und der Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Halle (Saale) erklären gemeinsam:

Das Universitätsklinikum Halle (Saale) hat im Geschäftsjahr 2016 den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Sachsen-Anhalt<sup>1</sup> mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

#### 1. Vertraulichkeit (Rn 29)

In die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrates wird der Personalrat des Universitätsklinikums Halle (Saale) durch den Klinikumsvorstand nicht einbezogen. Inwieweit das Mitglied des Aufsichtsrates nach § 10 (1) Satz 2 Ziff. 8 HMG LSA (Beschäftigter der Universitätsmedizin Halle (Saale)) sich - als Vertreter der Beschäftigten - vor den Sitzungen mit dem Personalrat abstimmt, ist nicht bekannt.

#### 2. Vermögenshaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) (Rn 35)

Es besteht eine D&O-Versicherung für gegenwärtige, ehemalige und zukünftige bestellte und faktische Mitglieder der geschäftsführenden Organe und der Aufsichtsorgane, für Gesellschafter sowie gegenwärtige, ehemalige und zukünftige ständige Vertreter, besondere Vertreter, Generalbevollmächtigte, Prokuristen und leitende Angestellte.

#### 3. Geschäftsleitung, Aufgaben und Zuständigkeiten (Rn 45/Rn 50)

Eine angemessene Beteiligung von Frauen in Führungspositionen mit mindestens 40 % wird per 31.12.2016 - bezogen auf das Gesamtunternehmen - mit 36,2 % knapp nicht erreicht.

Eine angemessene Beteiligung von Frauen in der Geschäftsleitung (Klinikumsvorstand) mit mindestens 40 % ist gegeben. Mit dem Ärztlichen Direktor, dem Dekan der Medizinischen Fakultät, der Kaufmännischen Direktorin und der Direktorin des Pflegedienstes ist der Klinikumsvorstand paritätisch (je 50 %) besetzt.

#### 4. Dauer der Bestellung der Geschäftsleitung (Rn 51)

Der Anregung zur Bestellung von Mitgliedern der Geschäftsleitung für die Dauer von höchstens fünf Jahren wird nicht entsprochen, weil dies gesetzlich geregelt ist.

Gemäß HMG LSA werden der Ärztliche Direktor/die Ärztliche Direktorin für sechs Jahre (§ 12 (2) HMG LSA), der Kaufmännische Direktor/die Kaufmännische Direktorin für acht Jahre (§ 13 (2) HMG LSA) und der Direktor/die Direktorin des Pflegedienstes (§14 (2) HMG LSA) für sechs Jahre vom Aufsichtsrat bestellt. Wiederbestellung über den gleichen Zeitraum ist zulässig.

#### 5. Altersgrenze für Mitglieder der Geschäftsleitung (Rn 53)

Eine Altersgrenze für Mitglieder des Klinikumsvorstandes (der Geschäftsleitung) ist im HMG

<sup>1</sup> in der jeweils geltenden Fassung



LSA nicht festgelegt. Für das Mitglied des Klinikumsvorstandes gemäß § 15 (1) Satz 1 Ziff. 3 HMG LSA (Dekan) gilt diesbezüglich § 38 (4) HSG LSA.

## **6. Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Rn 54; Rn 112)**

Die Festlegung der Vergütung für die Mitglieder des Klinikumsvorstandes (der Geschäftsleitung) erfolgt (ÄD: § 11 (1) Satz 4 Ziff. 1 HMG LSA/ KD: § 11 (1) Satz 4 Ziff. 2 HMG LSA) mit Ausnahme für das Mitglied gemäß § 15 (1) Satz 1 Ziff. 3 HMG LSA (Dekan) durch den Aufsichtsrat.

Die Festlegung der Vergütung für den Direktor/die Direktorin des Pflegedienstes folgt den für den Ärztlichen Direktor/die Ärztliche Direktorin und den Kaufmännischen Direktor/die Kaufmännische Direktorin getroffenen gesetzlichen Regelungen.

In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sind Richtwerte für die Höchstzahl von Mandaten bei anderen Gesellschaften sowie Anzeigepflichten in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates nicht geregelt. Hierzu erfolgt die Abfrage und Offenlegung im Rahmen der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses.

## **7. Zusammensetzung des Aufsichtsrates, Qualifikation (Rn 113)**

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates ist in § 10 HMG LSA geregelt. Die Mitglieder nach § 10 (1) Satz 2 Ziff. 1, 2, 3 und 7 HMG LSA werden qua Amt in den Aufsichtsrat entsandt.

Für die Mitglieder nach § 10 (1) Satz 2 Ziff. 4, 5, 6 HMG LSA (Vorschlagsrecht beim Klinikumsvorstand) sind im HMG LSA entsprechende Kriterien hinsichtlich der erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen festgelegt.

Für das Mitglied nach § 10 (1) Satz 2 Ziff. 8 HMG LSA liegt das Vorschlagsrecht beim Personalrat des Universitätsklinikums Halle (Saale).

## **8. Zusammensetzung des Aufsichtsrates, Altersgrenze (Rn 117)**

Eine angemessene Altersgrenze für Mitglieder des Aufsichtsrates ist im HMG LSA nicht festgelegt.

Die Mitglieder nach § 10 (1) Satz 2 Ziff. 1, 2 und 3 HMG LSA werden als Angehörige (Minister/Ministerinnen) der Landesregierung qua Amt in den Aufsichtsrat entsandt. Festlegungen bezüglich einer angemessenen Altersgrenze müssten daher vom Land Sachsen-Anhalt im Kontext der Rahmenbedingungen zur Ernennung von Mitgliedern der Landesregierung getroffen werden.

Das Mitglied des Aufsichtsrates gemäß § 10 (1) Satz 2 Ziff. 7 HMG LSA (Rektor) übt seine Funktion qua Amt aus. Bezüglich einer angemessenen Altersgrenze gilt § 38 (4) HSG LSA. Eine gesonderte Festlegung ist nicht erforderlich.

Für das Mitglied des Aufsichtsrates gemäß § 10 (1) Satz 2 Ziff. 8 HMG LSA (Beschäftigter des Universitätsklinikums Halle (Saale) bzw. der Medizinischen Fakultät) gilt die Altersgrenze im Sinne von § 7a SGB II, da er nach Erreichen dieser nicht länger Beschäftigter ist und somit die Grundlage für die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat lt. HMG LSA (s. o.) nicht mehr gegeben ist. Eine gesonderte Festlegung ist nicht erforderlich.

## **9. Persönliche Mandatsausübung (Rn 119/Rn 120)**

Die Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist lt. § 10 (1) HMG LSA nicht vorgesehen und somit nicht zulässig.

Die Möglichkeit von Stimmbotschaften wurde in der 14. Sitzung des Aufsichtsrates erörtert und entschieden, dies nicht in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zu regeln, sondern die Diskussion über eine adäquate Stimmrechtsübertragung im Rahmen der Novellierung des HMG LSA weiter zu führen.



Das Universitätsklinikum Halle (Saale) wird auch künftig den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Landes Sachsen-Anhalt entsprechen bzw. Abweichungen hiervon offenlegen und diese begründen.

## II. Vergütung der Geschäftsführung

Die Gesamtvergütung des Klinikumsvorstandes (der Geschäftsleitung) wird regelhaft im Anhang zum Jahresabschluss und ab 2015 auch im Bericht des Landes Sachsen-Anhalt über Unternehmen des privaten und Anstalten des öffentlichen Rechts (Beteiligungsbericht) dargestellt.

## III. Vergütung des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Halle (Saale) erhalten keine Vergütung. Die externen Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gemäß Aufsichtsratsbeschluss 09/28/2013 vom 02.12.2013 für entstehende Aufwendungen im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung (Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrates oder Teilnahme an dessen Kommissionen, Ausschüssen und sonstigen Gremien) eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 960 € pro Sitzungstag. Mit Erstattung dieser Aufwandsentschädigung sind sämtliche Aufwendungen abgegolten.

## IV. Darstellung des Anteils von Frauen in Führungspositionen inkl. Aufsichtsrat<sup>2</sup>

Unter den acht Mitgliedern des Aufsichtsrats des Universitätsklinikums Halle (Saale) ist eine Frau (auf Vorschlag der Geschäftsleitung) bestellt (Anteil 12,5 %). Damit beträgt der Frauenanteil bei den vier Wahlfunktionen, für die das Unternehmen (inkl. Personalrat) das Vorschlagsrecht besitzt, 25 %. Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates, die diese Funktion qua Amt innehaben, ist die Genderverteilung der Kabinettsliste (Ministerämter der Landesregierung Land Sachsen-Anhalt) ausschlaggebend bzw. entscheidet die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Rektor), so dass Empfehlungen zur Frauenförderung/Gleichstellung dort zu realisieren sind, um sich in den Gremien des Unternehmens abbilden zu können.

Der Anteil von Frauen in der Geschäftsleitung/im Klinikumsvorstand ist in I. Ziff. 3 dargestellt. Der empfohlene Wert von  $\geq 40$  % wird erreicht.

Führungspositionen<sup>3</sup> im Unternehmen (Universitätsklinikum Halle (Saale)) sind darüber hinaus die Leiter und Leiterinnen der Kliniken, Institute, Zentralen Einrichtungen sowie deren Stellvertreter (inkl. lfd. Oberärztinnen/Oberärzte), Oberärzte, die Leitungen der Geschäftsbereiche sowie gemäß § 26 (2) MTV-UK Halle (nichtärztliche) Beschäftigte ab Entgeltgruppe 10 mit zugewiesenen Tätigkeiten mit Weisungsbefugnis.

Der Anteil der Frauen in Führungspositionen gemäß obiger Definition beträgt im Unternehmen insgesamt 36,2 % und schlüsselt sich wie folgt auf:

- Kliniken und Polikliniken = 27,3 % (davon Leitungen 3,8 %);
- Institute = 37,0 % (davon Leitungen 44,4 %);
- Zentrale Einrichtungen (ZD) = 46,7 % (davon Leitungen 53,8 %);
- Verwaltung inkl. Dekanate u. Stabsstellen = 51,6 % (davon bis Abt.-Leitung 42,1 %)
- Pflege = 66,7 %.

Der empfohlene Wert von  $\geq 40$  % wird im Unternehmen insgesamt knapp nicht erreicht.

<sup>2</sup> fakultativer Inhalt (Rn. 130 BHB)

<sup>3</sup> je nach Unternehmensstruktur darzustellen, z.B. Referatsleiter, Abteilungsleiter, Prokuristen

**V. Stellungnahme zu Anregungen<sup>4</sup>**

Fehlmeldung.

Halle 11.05.17

(Ort, Datum)



PD Dr. Th. Klöss  
Ärztlicher Direktor


(Ort, Datum)



Dr. P. Bohnhardt  
Kaufmännische Direktorin

Halle 23.5.17

(Ort, Datum)



Prof. Dr. A. Willingmann  
Vorsitzender des Aufsichtsrates

<sup>4</sup> fakultativer Inhalt (Rn. 130 BHB)